

BESCHLOSSENES PROTOKOLL ZUR 21. SITZUNG DES MEDIATIONSFORUMS „ZUKUNFT LANDWEHRKANAL“ – Teil 2

Datum: 22.02.2010
Beginn: 17:15 Uhr
Ende: 21:30 Uhr
Ort: Wasser und Schifffahrtsamt / WSA Berlin
Mehringdamm 129, 10965 Berlin

Mediatoren: Beate Voskamp & Stefan Kessen
Protokollantin: Claudia Schelp
Teilnehmer/innen: siehe Teilnehmerliste

Eingehaltene Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung
2. Beschluss über die Tagesordnung
3. Was gibt es Neues / Berichtenswertes?
 - 3.1 Bericht des WSA Berlin über den Stand der aktuellen Baumaßnahmen
 - 3.2 Sperrzeiten Landwehrkanal Frühjahr 2010 – Ideensammlung
 - 3.3 Baumpflege
 - 3.4 Umgang mit Vorhaben Dritter
4. Berichte aus den Arbeitskreisen und Besprechungen
 - 4.1 „Lösungssondierungsgruppe Gutachten und Planwerke - Teil 2“ am 16.02.2010
5. Weiteres Vorgehen
 - 5.1 Beteiligung von SenStadt im Mediationsverfahren
 - 5.2 Nächste Termine
 - 5.3 Öffentliche Veranstaltung
6. Verschiedenes
7. Verabschiedung

1. Eröffnung, Begrüßung

Die Mediatoren begrüßten die Teilnehmer/innen zum Teil 2 der 21. Forumssitzung. Sie erinnerten daran, dass der heutige zusätzliche Termin auf Wunsch der Teilnehmer/innen kurzfristig anberaumt wurde, damit diejenigen Punkte der Tagesordnung besprochen werden können, die im 1. Teil der Forumssitzung am 8. Februar 2010 aus zeitlichen Gründen nicht behandelt werden konnten.

2. Beschluss über die Tagesordnung

Auf Bitten einzelner Teilnehmer/innen wurde der Tagesordnungspunkt „Was gibt es Neues / Berichtenswertes“ - Bericht des WSA - vorgezogen. Mit dieser Änderung und dem Wegfall des Punktes „Beschluss über das Protokoll“ des 1. Teils der 21. Forumssitzung (wegen des noch nicht vorliegenden Protokolls) wurde die Tagesordnung beschlossen.

3. Was gibt es Neues / Berichtenswertes?

3.1 Bericht des WSA Berlin

Frau Dr. Ernst berichtete anhand einer PP-Präsentation über den Stand der Arbeiten in den jeweiligen Bauabschnitten und über weitere wichtige Themen.

Sie schickte voraus, dass der Landwehrkanal derzeit in weiten Teilen noch vereist sei, so dass alle Aussagen über Bauzeiten grundsätzlich unter dem Vorbehalt der jeweils tatsächlichen Witterungsbedingungen stünden.

Der Vortrag ist auf der Homepage des Verfahrens eingestellt.¹

3.1.1 Corneliusstraße

Angesichts möglicher Folgewirkungen der aufgehobenen Ausschreibung im Herbst 2009 seien in der Sitzung der „Arbeitsgruppe Umgang mit Bäumen“ am 17.12.2009 Ideen zum weiteren Vorgehen in Bezug auf notwendige Sicherungsmaßnahmen an der Corneliusstraße aufgeworfen worden, erläuterten die Mediatoren einleitend. Frau Dr. Ernst habe in jener Sitzung zugesagt, diese Ideen zu prüfen und zum gegebenen Zeitpunkt über die Ergebnisse zu berichten - dies wolle sie heute tun; sie berichtete daher wie folgt:

Ein Vorschlag sei gewesen, die Teststrecke, deren Durchführung für die Winterbauzeit 2009/2010 am Paul-Linke-Ufer geplant sei, auf die Corneliusstraße auszuweiten. So vorzugehen, d.h. mittels einer Freihändigen Vergabe den Auftragnehmer Giken Europe zusätzlich mit der Corneliusstraße zu beauftragen, bedeute u.a., dass dies zuvor vergaberechtlich abgesichert werden müsse.

In zwischenzeitlich geführten Gesprächen mit der die Teststrecke ausführenden Firma Giken Europe habe diese ihre Bereitschaft versichert, einen möglichen Auftrag am Corneliusufer unter den gegebenen Rahmenbedingungen erfüllen zu können und zu wollen. Allerdings könne die Firma selbst diese Leistung leider nicht ausführen, da sie lediglich die Technik bereitstelle und in der Regel keine Bauarbeiten selbst ausführe. An der Teststrecke als Bauunternehmen aufzutreten, sei eine Ausnahme gewesen, die nicht auf die Corneliusstraße ausgedehnt werden könne.

Frau Dr. Ernst berichtete weiter, dass, insofern die noch laufende vergaberechtliche Prüfung ergeben werde, dass das Bauvorhaben Corneliusstraße öffentlich ausgeschrieben werden müsse, dies wegen des daraus folgenden späteren Baubeginns wohl eine Verlängerung der Sperrzeit des Landwehrkanals bedeuten würde, d.h. noch über den 30. April 2010 hinaus.

Die Vertreter der Reedereien legten hinsichtlich dieser möglichen Verlängerung der Sperrzeit des Landwehrkanals ihr Veto ein.

Bevor die Teilnehmer/innen diese Erkenntnisse und Auswirkungen diskutierten, kamen sie

¹ Die PP-Präsentation ist eingestellt unter „Texte und Materialien“ auf der Homepage des Verfahrens unter www.landwehrkanal-berlin.de

darin überein, dass Frau Dr. Ernst zuerst ihren Bericht über alle in dieser Winterperiode 2009/2010 laufenden Baumaßnahmen beenden solle, damit alle einen Überblick über die Gesamtlage hätten, um anschließend über mögliche Folgewirkungen und den Umgang damit beraten zu können.

3.1.2 Abschnitt 4

Frau Dr. Ernst berichtete, dass ab dem morgigen 23. Februar 2010 die Arbeiten in diesem Abschnitt fortgesetzt würden.

3.1.3 Abschnitt 6

Sobald die Witterungsverhältnisse es zuließen, können die Arbeiten hier fortgeführt werden - auch parallel zu den Arbeiten in Abschnitt 4, berichtete Frau Dr. Ernst.

3.1.4 Maybachufer / Kottbusser Brücke

Frau Dr. Ernst berichtete, dass voraussichtlich bis zum 30.04.2010 die Spundwandarbeiten fertig gestellt sein würden und darüber hinaus kein schweres Gerät mehr im Kanal benötigt würde, so dass die Schifffahrt anschließend und auch gerade noch termingerecht wieder aufgenommen werden könnte.

Zwischenzeitlich habe es Schwierigkeiten mit der Tragfähigkeit eines Pontons gegeben. Man habe daraufhin das Gerät gewechselt; mit der neuen Presse schreite die Baumaßnahme nun schneller voran.

3.1.5 Teststrecke Paul-Lincke-Ufer

Frau Dr. Ernst führte aus, dass die Planungen für die Teststrecke vollständig abgeschlossen seien. Aufgrund der herrschenden Witterungsverhältnisse könne die Baustelle derzeit noch nicht begonnen werden. Daher werde beispielsweise auch die dazu benötigte Presse zwischenzeitlich noch andernorts eingesetzt.

3.2 Sperrzeiten Landwehrkanal im Frühjahr 2010 - Ideensammlung

Nachdem alle Teilnehmer/innen den Stand der Dinge an den verschiedenen Baustellen gehört und daher insgesamt einen Überblick hatten, knüpften sie an die im Zusammenhang mit dem Vorgehen an der Corneliusstraße aufgeworfene Frage einer möglichen Verlängerung der Winterbauzeit 2009/2010 an.

Frau Dr. Ernst erklärte, dass es Ziel des WSA sei, den Landwehrkanal zu Ostern, d.h. um den 4./5. April 2010 herum, öffnen zu können. Vor einer möglichen Öffnung des Kanals müsse u.a. zuerst eine Verkehrssicherheitspeilung durchgeführt werden, die in der Regel etwa zwei-einhalb Wochen dauere. Das WSA bemühe sich sehr, dieses Vorgehen möglichst zu beschleunigen.

Das WSA schlug vor, zu dieser Thematik mit den Vertretern/innen der Schifffahrt ein separates Treffen in der 10. KW 2010 durchzuführen. Die Teilnehmer/innen waren einverstanden und verabredeten sich für Montag, den 8. März 2010, nachmittags. Eine Einladung per Email durch Frau Dr. Ernst werde in Kürze erfolgen.

Aufgrund schwerwiegender Folgen für die Betriebsabläufe der Reedereien wurde vorgeschlagen, Möglichkeiten der Einhaltung der geplanten und bis 30. April 2010 bereits verlängerten Sperrzeit schon jetzt hier in der Forumssitzung gemeinsam auszuloten.

Die Mediatoren schlugen daher vor, im Forum gemeinsam zu überlegen, was jetzt hier in der Mediation geklärt werden müsse und was eher in dem bilateralen Gespräch zwischen WSA und Schifffahrt am 8. März 2010 besprochen werden sollte.

Herr Sahner schlug vor, in dem Gespräch am 8. März 2010 auch zu besprechen, wie es in den nächsten Jahren mit Bau- und Sperrzeiten des Landwehrkanals weitergehen werde, um für alle Seiten frühzeitige und größtmögliche Planungssicherheit zu ermöglichen.

Frau Dr. Ernst legte dar, wie wichtig es sei, die Sicherungsarbeiten an der Corneliusstraße anzugehen. Dies sei auch begründetes Anliegen der Teilnehmer/innen der Arbeitsgruppensitzung „Umgang mit Bäumen“ am 17. Dezember 2009 gewesen. Sie betonte, dass alles seitens des WSA daran gesetzt werde, die Fahrgastschifffahrt auf dem Landwehrkanal ab 1. Mai 2010 zu ermöglichen. Lediglich einige Arbeiten am Maybachufer / Kottbusser Brücke würden darüber hinaus andauern - diese werde aber die Schifffahrt voraussichtlich nicht beeinträchtigen.

Frau Voskamp fasste zusammen, dass voraussichtlich bis zum 30.04.2010 die Abschnitte 4 und 6, sowie die Teststrecke und das Maybachufer / Kottbusser Brücke fertig gestellt sein würden, bzw. die ausstehenden Arbeiten am Maybachufer die Schifffahrt voraussichtlich nicht beeinträchtigen. Lediglich das Vorgehen an der Corneliusstraße sei noch nicht geklärt und daher sei zu erwarten, dass etwaige Baumaßnahmen bis dahin nicht fertigstellbar sein werden. Für Herrn Sahner wie für alle Reedereien sei wichtig, über den 30.04.2010 hinaus Klarheit darüber zu haben, um Planungssicherheit für alle Beteiligten sicherzustellen. Dies erst im Gespräch am 8. März 2010 zu klären, sei ihm zu spät. In der Sitzung der „AG Umgang mit Bäumen“ am 17.12.2009 habe sich herausgestellt, dass dringlich sei, die Corneliusstraße schnell anzugehen. Daher und insbesondere auch um mögliche zeitliche Schwierigkeiten zu vermeiden, die die Termine und Fristen einer öffentlichen Ausschreibung nach sich zögen, sei die Idee entstanden, die geplante Teststrecke Paul-Lincke-Ufer auf das Corneliusufer zu erweitern.

Herr Loch erklärte, er höre am heutigen Tage zum ersten Mal davon, dass die Sperrung des Landwehrkanals für die Schifffahrt über den 30.04.2010 hinausgehen solle. Dies könne er nicht akzeptieren.

Frau Voskamp erläuterte für diejenigen, die an der Sitzung am 17.12.2009 nicht teilgenommen haben, kurz Inhalt und Verlauf der Sitzung. So sei dort u.a. keineswegs etwas beschlossen worden, sondern vielmehr sei Frau Dr. Ernst gebeten worden, zu prüfen, ob und inwiefern es möglich sei, die Teststrecke auf die Corneliusstraße auszuweiten, um eine zeitnahe Umsetzung der Sicherungsmaßnahmen dort doch noch zu ermöglichen. Dies habe sie getan und daher berichte sie nun über die Ergebnisse und mögliche Folgewirkungen, um das weitere Vorgehen gemeinsam mit dem Forum abzustimmen.

Herr Scholz ergänzte, dass Konsens sei, die Korsettage an den Bäumen schnellstmöglich zu beseitigen. Zu überlegen sei, mit welcher Technik oder welchem Vergabeverfahren es möglich sein könne, die Sicherungsarbeiten an der Corneliusstraße und damit auch die Beseitigung der dortigen Baumanbindungen und der Betonklötze doch noch zeitnah zu ermöglichen. Eine konkrete Lösung zeichne sich noch nicht sicher ab. In die Überlegungen einzubeziehen seien auch, ob der Kanal flexibel, d.h. beispielsweise stunden- oder tageweiseweise oder auch teilweise am Tage oder am Wochenende, freigegeben werden könnte. Bis zu der vereinbarten Besprechung am 8. März 2010 würden weitere Erkenntnisse dazu vorliegen und dann könne das WSA mehr dazu sagen.

Frau Dr. Ernst stellte klar, dass es bei den anstehenden Überlegungen zu einer möglichen Erweiterung der Sperrzeit des Landwehrkanals allein um die Corneliusstraße ginge. Darüber hinaus werfe das WSA den Blick nach vorne und wolle versuchen, für den kommenden Herbst 2010/2011 baulich einen größeren Planungs- und Umsetzungsschritt anzugehen.

Herr Kessen regte an, die Sitzung, d.h. das Potenzial der Teilnehmer/innen zu nutzen, um gemeinsam nach möglichen Ideen zu suchen und alles auszuloten, was denkbar sei, um die Einhaltung der geplanten Sperrzeit bis 30.4.2010 sicher zu stellen.

Folgende Vorschläge wurden daraufhin von den Teilnehmer/innen gemacht:

- Verlegung der Teststrecke vom Paul-Lincke-Ufer an die Corneliusstraße:
so könne ermöglicht werden, mit den hier dringlichen Bauarbeiten früher zu beginnen als sich derzeit – Beginn Corneliusstraße wäre erst nach Abschluss des Paul-Lincke-Ufers möglich – abzeichne.
- Vorverlegen des Baubeginns von Abschnitt 2:
so ließe sich ein früherer Baubeginn der Teststrecke am Paul-Lincke-Ufer ermöglichen.

Dazu erklärte Frau Dr. Ernst, dass dies aus ihrer Sicht nicht möglich sei und erläuterte die entsprechenden Ausführungsdetails.

Frau Kleimeier äußerte demgegenüber ihre Ansicht, dass das Kürzen der Bohlen hier doch noch schneller gehen müsste: Wenn bis zum 30.04.2010 die Spundbohlen eingebracht wären, könnte man die Hinterfüllung der Spundwand mit einem kleineren Gerät ausführen, so dass die Schifffahrt ggf. daran vorbei käme. Sie regte an, den Ablauf noch einmal anders zu planen, mit dem Ziel und dem Vorteil, dass man dann am Paul-Lincke-Ufer ggf. früher beginnen könnte.

- Alternativ sei gemeinsam zu überlegen, führte Frau Kleimeier aus, im Herbst 2010 den Kanal zeitlich noch früher für die Schifffahrt zu schließen als bisher beabsichtigt und verabredet, da sie ansonsten die Befürchtung habe, dass die Sanierung des Landwehrkanals insgesamt nur sehr bzw. zu langsam fortschreite.

Herr Loch erinnerte, dass es verbindliche Verabredungen des Forums gebe über die Sperrzeiten des Landwehrkanals. Für ihn sei wichtig, dass diese Verabredungen verlässlich seien und eingehalten würden. Nur so könne die notwendige Planungssicherheit für die Reedereien sowie für deren Partner und deren Mitarbeiter/innen gewährleistet werden. Die verabredeten Sperrzeiten seien bei der Stern und Kreis Schifffahrt GmbH bereits mit dem Betriebsrat abgestimmt, die Fahrpläne lange gedruckt und verteilt. Die Vertreter/innen der Schifffahrt hätten den Sperrzeiten des Landwehrkanals und einer möglichen und nun auch eintretenden Verlängerung dieser bis 30.04.2010 damals zugestimmt. Diese Verabredung müsse nun auch eingehalten werden, genau wie alle anderen im Mediationsverfahren getroffenen Vereinbarungen auch. So sei beispielsweise der BI / dem Verein BaL die Einhaltung der Verabredungen in Bezug auf die Bäume wichtig.

Herr Kessen fasste zusammen, dass von vielen Seiten bereits Zugeständnisse gemacht worden seien, so habe z.B. der Bezirk Mitte 2007 der Sicherung der Bäume mittels der Betonklötze zugestimmt und die Reeder einer Verlängerung der Sperrzeiten für das Frühjahr 2010 entsprechend der getroffenen Vereinbarung – im Falle, dass sich dies als notwendig erweise.

Er fasste außerdem die bisher geäußerten Ideen der Teilnehmer/innen wie folgt zusammen:

- eine Neudefinition der Teststrecke, die die Corneliusstraße einschließt,
- ein früherer Beginn der Arbeiten an der Corneliusstraße,
- ein Einsparen von Bauzeit in anderen Bauabschnitten,
- Unterstützung bzw. Erhöhung der Manpower im WSA, um noch leistungsfähiger sein zu können,
- eine vergaberechtliche Prüfung, wie die Arbeiten an der Corneliusstraße am besten beauftragt werden könnten,
- Ausloten und Ausnutzen aller Potenziale, Schifffahrt und Baustelle/n gleichzeitig zu ermöglichen.

Herr Hess schlug vor, zu prüfen, ob die Baumsicherungen mittels der Betonklötze am Corneliusufer überhaupt notwendig seien. Damit würde sich aus seiner Sicht die Dringlichkeit der Baumaßnahme verändern können.

Frau Dr. Ernst erinnerte daran, dass das WSA bereits geprüft habe, ob Schifffahrt trotz laufen-

der Baustelle/n möglich wäre. Dabei habe sich leider herausgestellt, dass das für die Durchführung der Arbeiten benötigte Ponton dafür zu groß sei. An dieser Idee hätte das WSA bereits sehr intensiv gearbeitet.

Von den heute gehörten Vorschlägen könne Frau Dr. Ernst sich derzeit am ehesten vorstellen, die Teststrecke zu verlegen. Dies müsse allerdings genau geprüft werden.

Herr Loch stellte klar, dass die für ihn wichtige Frage nicht sei, wann gebaut werde, sondern wann die Sperrung aufgehoben werde. Seiner Auffassung nach sei alles daran zu setzen, Sperrungen weitestgehend zu reduzieren. Seiner Auffassung nach müsse geprüft werden, ob

- Der Einsatz eines schmaleren Ponton möglich wäre, an dem die Schifffahrt vorbeikäme und das somit eine Sperrung vermeiden helfe;
- die Bauabschnitte so organisiert werden können, dass der Geräteeinsatz zu Wasser weitestgehend reduziert und flexibilisiert werde.

Die Mediatoren dankten den Teilnehmer/innen für ihre Vorschläge und Anregungen, die Frau Dr. Ernst mitnehmen könne zur – ggf. erneuten - Prüfung und zur Vorbereitung auf das Gespräch mit den Vertreter/innen der Schifffahrt am 8.3.2010.

3.3 Baumpflege

Frau Dr. Ernst erklärte, für die Durchführung von Baumpflegearbeiten in Abschnitt C gebe es eine überarbeitete Liste und am 1.03.2010 auch ein Gutachten dazu.

Frau Kleimeier und Herr Appel sagten zu, dass sie sich die Liste anschauen würden und dem WSA am folgenden Tag Bescheid geben würden.

Die übrigen Forumsteilnehmer/innen gaben dem WSA ihre Freigabe zur Durchführung der anstehenden Arbeiten.

3.4 Umgang mit Vorhaben Dritter

Frau Dr. Ernst gab das Wort weiter an Herrn Scholz, damit er über anstehende Vorhaben Dritter im bzw. am Landwehrkanal berichte. Herr Scholz erinnerte an die Vorgehensweise des WSA: bei Beantragung einer Maßnahme durch Dritte habe das WSA eine Frist von vier Wochen, innerhalb derer es auf den jeweiligen Antrag reagieren müsse. Durch eine Zwischen- nachricht könne diese Frist ausgesetzt werden. Jede/r, die/der ein Vorhaben beantrage, benötige zwei Genehmigungen:

- eine wasserrechtliche Genehmigung durch das Land Berlin / SenGUV und
- eine wasserwirtschaftliche vom WSA

Ein Antrag müsse jeweils vierfach eingereicht werden; davon übersende das WSA eine Ausfertigung innerhalb der ersten Woche nach Zustellung an SenGUV gehe. Wenn sich abzeichne, dass seitens SENGUV dem Antrag nicht zugestimmt werden könne, lehne auch das WSA den Antrag ab, u.a. damit nicht unnötige Kosten beim Antragsteller entstünden.

Am Landwehrkanal gebe es aufgrund des Mediationsverfahrens ein abweichendes Vorgehen. In der letzten Zeit seien mehrere Anträge beim WSA eingegangen. Diese würden in der Regel im Sachbereich 3 (die Namensgebung SB 3 sei bedingt durch die Funktion, Bauvorhaben Dritter zu bearbeiten) bearbeitet. Anträge, die den Landwehrkanal beträfen, würden zunächst an Frau Dr. Ernst weitergeleitet, damit diese das Vorgehen im Mediationsforum vorstellen und ggf. abstimmen könne. Wenn das jeweilige beantragte Vorhaben für das Forum keine Relevanz habe, würden die Anträge im WSA zügig weiterbearbeitet. Die Frage, die sich dem WSA stelle, sei, wie mit diesen Anträgen, wie z.B. dem Antrag für die Errichtung der 90 Meter langen Steganlage an der Anlegestelle der Reederei Riedel am Maybachufer, umgegangen werden solle. WSA-seits stelle der Antrag kein Problem dar, aber SenGUV und betroffene Bezirke hätten die Möglichkeit, mitzubestimmen.

Ergänzend dazu schlug Frau Dr. Ernst vor, die Vorgehensweise des WSA mit Beispielen zu belegen. Es gäbe keine Genehmigung für Vorhaben am Landwehrkanal ohne vorherige Zustimmung der Arbeitsgruppe Landwehrkanal des WSA. Sie habe die derzeit vorliegenden Anträge und Anfragen zur Übersicht in zwei Tabellen zusammengefasst und mittels einer PP-

Präsentation den Teilnehmer/innen gegenüber dargestellt. Ein großes Thema sei die Anlegestelle der Reederei Riedel am Maybachufer.

Herr Loch stellte die Frage, wie man grundsätzlich mit Modifikationen von Anlegestellen am Landwehrkanal umgehen wolle. Er erinnerte an die Aussage des WSA, dass bis auf weiteres keine neuen Anlegestellen am Landwehrkanal genehmigt würden. Frau Dr. Ernst erkundigte sich, ob dies eine Vereinbarung im Forum gewesen sei. Herr Scholz ergänzte, dass dies dann wohl vor seiner Amtszeit und vor seiner Teilnahme am Mediationsverfahren so besprochen worden sein müsse. Daraufhin erklärte Herr Loch, wenn es diese Regelung nicht geben würde, er diverse Anträge in der Schublade hätte, die er jetzt herausholen und einreichen würde. Frau Dr. Ernst erklärte, sie würde die Fragestellung zur Prüfung mitnehmen. Frau Voskamp bat darum und Frau Dr. Ernst bestätigte dies, dass sie das Ergebnis ihrer Recherche im Sinne der Transparenz bitte an das Forum weiterleiten möge.

Herr Hess nahm das Thema nochmals auf und äußerte, dass es wohl um eine Selbstbeschränkung der Reeder handele, die sie sich freiwillig selbst auferlegt hätten. Herr Loch erklärte daraufhin, dass er diese Schlussfolgerung aus den Gesprächen mit dem WSA mitgenommen habe. Offen sei auch noch immer, wie mit Verlängerungen von bestehenden Stegen umgegangen werde. Auch hierüber bestehe Klärungsbedarf.

Herr Hess verwies darauf, dass er schriftlich vom WSA habe, dass bis zum Abschluss des Mediationsverfahrens keine Anlegestellen im Landwehrkanal genehmigt würden.

Herr Scholz klärte das Missverständnis auf, dass mit der Verlängerung von Anlegestellen eine geometrische und nicht eine zeitliche Verlängerung gemeint sei.

Herr Hess verwies darauf, dass es genügend Anlegestellen am Kanal gäbe, die nicht genutzt würden.

Herr Kessen erklärte, dass es sich um ein brachliegendes Thema handele, das wieder aufgegriffen werden müsse. Er stellte fest, dass es vom WSA ein kooperatives Angebot sei, die Anträge Dritter dem Forum vorstellten, da es rechtlich dazu nicht verpflichtet sei. Hier müssten zugunsten der Klarheit konkrete Verabredungen getroffen werden.

Herr Bappert erkundigte sich danach, wie die Behördenbeteiligung in diesen Fällen laufe und insbesondere, ob die Denkmalbehörden automatisch beteiligt würden. Herr Scholz erklärte, dass SenGUV die Behördenbeteiligung durchführe und aufgrund der angefragten und dann eingehenden Rückläufe die wasserrechtliche Genehmigung jeweils erteile oder versage.

Herr Appel berichtete, dass das Hauptaugenmerk hinsichtlich der Anlegestelle Riedel für ihn auf der Ausgestaltung der Barrierefreiheit liege und dass im Forum bereits mehrfach angeregt worden sei, eine Machbarkeitsstudie für barrierefreie Anlegestellen am Landwehrkanal in Angriff zu nehmen. Ihm sei besonders wichtig, dass Sachverständige und Betroffene zu den jeweilig anstehenden Planungen hinzugezogen würden. Desweiteren warf er erneut die Frage auf, die schon früher Thema im Mediationsverfahren war, nämlich die Überprüfung der Möglichkeiten zur Umnutzung von Nottreppen für Kleinanleger. Herr Scholz erklärte daraufhin, dass im Rahmen der dauerhaften Sanierung des Landwehrkanals solche Um- bzw. Mehrfachnutzungen seitens des WSA geplant seien. Das WSA zeigte sich diesbezüglich ergebnisoffen, zumal es teilweise selbst solch eine Umnutzung praktizieren würde, z.B. an diversen Schleusen. Bezüglich der angeregten Machbarkeitsuntersuchung zum Thema Barrierefreiheit verwies er auf das Land Berlin und die zuständige Senatsverwaltung, da dies durchzuführen nicht in die Zuständigkeit des WSA falle. Das WSA würde eine solche Machbarkeitsstudie allerdings sehr begrüßen.

Frau Mangold-Zatti erkundigte sich nach den Aus- und Folgewirkungen eines Vetos seitens des Mediationsforums. Herr Scholz erklärte, dass das Veto keine Rechtsrelevanz habe.

Frau Voskamp fasste zusammen, dass ein Antrag zur Durchführung eines möglichen Vorhabens am Landwehrkanal von Frau Dr. Ernst zunächst dem Forum vorgestellt werde. Im Falle eines Vetos aus dem Forum gelte es, gemeinsam zu klären, was an dem jeweiligen Vorhaben

störend sei und wie damit umgegangen werden solle.

Herr Appel fühlte sich alarmiert durch den Hinweis der fehlenden Rechtsrelevanz eines Forumsvotums: alle relevanten Behörden säßen doch hier mit im Forum und damit müssten die Verabredungen auch bindend sein. Wenn es darauf hinauslaufe, dass das WSA Entscheidung allein abwägen könne, sehe er keinen Sinn in den gemeinsamen Sitzungen.

Frau Voskamp erklärte, so wie sie es verstanden habe, gehe es darum, dass das was im Forum beschlossen werde, nicht anderen rechtlichen Grundlagen widersprechen dürfe – so stünde es auch in der Präambel des Kriterienkatalogs und der Interessensammlung.

Herr Heitmann erkundigte sich, wie rechtskräftig ein Veto als Forumsbeschluss sei und wie viel die Stimme des Forums denn tatsächlich wiege gegen den Grundsatz der WSV, die Sicherheit und Leichtigkeit der Schifffahrt zu gewährleisten.

Herr Kessen erläuterte, dass das Forum verbindliche Vereinbarungen treffen könne und müsse für alles, was mit der Sanierung des Landwehrkanals zusammenhänge und rechtlichen Rahmenbedingungen nicht widerspreche. Das Dilemma im Fall des geplanten Anlegestegs der Reederei Riedel bestünde darin, dass es sich um eine private Planung handle und noch nicht abschließend geklärt sei, welche Mitsprache- bzw. Einspruchsmöglichkeiten das Forum habe. Für die Grundproblematik der Sanierung des Landwehrkanals, dessen einvernehmliche Lösungsfindung Ziel des Verfahrens sei, sei das klar; ob das Forum in anderen Bereichen die gleiche Kompetenz und Mitsprachemöglichkeit eingeräumt werden könne, müsste jeweils vereinbart werden.

Herr Loch regte an, im Forum einen Beschluss zu fassen, dass die Beantragungen neuer Anlegestellen nicht einzeln bearbeitet werden sollte, sondern nur im Gesamtzusammenhang geprüft werden sollten – analog zum Kriterienkatalog des Forums. Das hieße, dass mögliche Anträge nicht isoliert genehmigt werden könnten. Herr Loch stellte überdies klar, dass er bei seinen diesbezüglichen Überlegungen nicht die Anlegestelle Riedel am Maybachufer gemeint habe, sondern neue, noch nicht existierende Anlegestellen.

Herr Sahner berichtete, er beantrage alle 10 Jahre eine Verlängerung seiner Anlegestelle. Derzeit plane er, ein geringfügig größeres Schiff einzuführen. Dies wolle er gern dem Forum vorstellen.

Herr Scholz schlug ebenfalls eine Beschlussfassung vor für neue Maßnahmen am Kanal. Die Anlegestelle Riedel am Maybachufer und auch das neue Schiff von Herrn Sahner würden aus seiner Sicht nicht darunter fallen, da es sich um geometrische Änderungen handle. Eine geometrische Veränderung der Länge eines Steges und der Länge eines Schiffes könne man als Altbestand bezeichnen.

Frau Mangold-Zatti erklärte, dass es wichtig sei, an dieser Stelle möglichen künftigen Interessenskonflikten vorzubeugen, daher unterstütze sie das Anliegen von Herrn Loch und seinen Vorschlag, ein Gesamtkonzept zu erarbeiten. Damit hätte man eine saubere Argumentationsgrundlage: Anträge von Privaten seien sonst schwer zu handhaben.

Die Mediatoren hörten heraus, dass ein solcher Beschluss dem Forum Rückendeckung geben würde. Herr Heitmann befand, dass nach seiner Auffassung auch der Anleger Riedel nach einem Gesamtkonzept beurteilt werden sollte, gerade im Zusammenhang mit den Fragestellungen der Barrierefreiheit und der Ufergestaltung; dabei sehe er durchaus auch das Dilemma eines möglichen Eingriffs in private Planungen.

Herr Loch plädierte nochmals dafür, die Anlegestelle Riedel aus einem solchen angedachten Beschluss auszunehmen und nur auf neue Anlegestellen abzustellen. Darüber hinaus bot er an, dem Forum zusätzliche Informationen zu Überlegungen der Barrierefreiheit von Anlegestellen aus Sicht der Reeder zu geben. Die Teilnehmer/innen bejahten dies. Er erläuterte daraufhin, dass jedes Fahrgastschiff tagsüber zwei Runden fahre. Ziel einer jeden Reederei sei es, jeden Sitzplatz einmal je Runde zu verkaufen, im Idealfall würde also ein Gast dort aussteigen, wo er eingestiegen sei. Dies gelte auch für Rollstuhlfahrer/innen. Bei möglichen Zwischeneinstiegen könne es dazu kommen, dass ein Platz insgesamt nur einmal verkauft werde.

Karten könnten daher beispielsweise im Internet auch nicht für Zwischenstationen gekauft werden. Daher sei es im Interesse der Reedereien, die Gäste vor allem auf einen Ein- und Ausstiegsort zu konzentrieren und diesen besonders attraktiv herzurichten. Für die Herrichtung eines barrierefreien Anlegestegs käme aus Sicht seiner Reederei nur die Anlegestelle Jannowitzbrücke in Frage. Dies gelte analog auch für die Reederei Riedel und für Herrn Freise, denn ein barrierefreier Einstieg mache nur am Haupteinstiegsort Sinn. Hinzu käme, dass ein Matrose den/die Rollstuhlfahrer/in nicht allein auf das Schiff bringen könne; vielmehr werde dazu eine zweite Person gebraucht und das hieße, dass der Schiffsführer mit anfassern müsse. Dadurch komme ein zeitlicher Mehraufwand zustande, welcher Zwischeneinstiege für die Reedereien unwirtschaftlich mache. Eine Machbarkeitsstudie für barrierefreie Zugänge würde vor diesen Hintergründen für die Reeder seiner Auffassung nach keinen Sinn machen, da eine solche das beschriebene wesentliche Interesse nicht berücksichtigen würde.

Frau Voskamp stellte fest, dass sie während der Ausführungen von Herrn Loch körpersprachlich viel Nicken und damit Zustimmung im Raum wahrgenommen habe und sie bedankte sich bei ihm für diese Erläuterungen und die wertvollen Hinweise.

Herr Appel wandte ein, dass es noch mehr Aspekte zu berücksichtigen gäbe als Wirtschaftlichkeitsüberlegungen, z.B. ob behinderte Menschen eine ganze Fahrgastschiffrunde durchhalten könnten und ob es an Bord ein Behinderten-WC gebe. Er hielt trotz der erhellenden Ausführungen von Herrn Losch eine Studie für sinnvoll und fragte die Teilnehmer/innen, wer eine solche ggf. finanzieren könnte.

Die Mediatoren wiesen zusammenfassend darauf hin, dass genau zu definieren sei, was „neu“ bedeute im genannten Zusammenhang neuer Anlegestellen und inwiefern ggf. eine Verlängerung eines Anlegestegs von bisher 50 Meter auf nun 100 Meter so erheblich sei, dass man sie auch als „neu“ betrachten müsse. Vielleicht müsse treffender von „neuen Kapazitäten“ gesprochen werden. Sie erinnerten, dass ein Gespräch mit Herrn Freise zur Planung seiner Anlegestelle am Maybachufer noch ausstünde. Im Gespräch mit den Mediatoren habe er mitgeteilt, dass seine Planerin vor Ende Februar 2010 nicht soweit sei, dass die Planung präsentiert werden können, er dann die Planung aber sehr gern vorstellen würde.

Frau Kleimeier erklärte, dass die Hinweise von Herrn Loch sehr interessant gewesen seien und regte eine Planungsgruppe aus dem Forum an, die sich mit Anlegestellen auch für Wassertaxis und Sportboote nach der Sanierung befasse. Vorher mache das aus ihrer Sicht keinen Sinn, da man sich alle Möglichkeiten für die Logistik bei den Bauarbeiten freihalten und nicht unnötig frühzeitig verbauen sollte.

Die Teilnehmer/innen versuchten, zum Umgang mit neuen Anlegestellen einen Beschluss zu formulieren. Herr Loch schlug vor, dass der Beschluss z.B. enthalten müsse, dass Anträge auf jedwede Form erheblicher Veränderung oder Schaffung neuer Anlegestellen seitens des WSA negativ zu bescheiden seien. Daraufhin erläuterte Herr Scholz, dass „negativ bescheiden“ aus seiner Sicht nicht sinnvoll sei, da dagegen Widerspruch eingelegt werden könne. Vielmehr müssten Anträge so seitens des WSA beantwortbar sein, als wären sie nie gestellt worden. Wie das rechtlich auszugestalten sei, müsse er erst noch klären. Ihm sei wichtig, die Sicherheit der richtigen und tragfähigen Formulierung zu haben.

Herr Heitmann wandte ein, dass es aus seiner Sicht nicht Aufgabe des Forums sein könne, ein Gesamtkonzept zu erstellen. Er befürchte, dass solch ein Beschluss zu einem Monopolschutz der derzeit den Landwehrkanal nutzenden Reeder führen könne. Wenn z.B. im nächsten Jahr die Betreiber/innen kleiner Solarboote einen Antrag stellen würden, müsste Herr Scholz diesen dann mit Verweis auf den Forumsbeschluss ablehnen. Wo welcher Anleger sei, stehe für Herrn Heitmann nicht in zwingendem Zusammenhang mit der Sanierung des Landwehrkanals. Herr Hess erklärte, dass das Gesamtkonzept von denjenigen erstellt werden sollte, die es nutzen würden. Für ihn sei das eine rein pragmatische Sache; er habe keine Lust, Anträge auf Vorrat zu stellen. Im Forum sollte darüber geredet werden, wo was Sinn mache. Er habe bereits vor einiger Zeit beim WSA hinterlassen, wo Anlegestellen für ihn sinnvoll seien

und er erkundigte sich danach, ob diese damit beantragt seien und ob wirklich alles Neue kategorisch abgelehnt werden solle.

Herr Kessen fasste zusammen, dass die genannten Formulierungen und Aspekte bereits gezeigt hätten, was in dem Thema alles drinstecke:

- die Forumsarbeit solle nicht durch Klein-Klein-Anträge lahm gelegt werden;
- zukünftige Prozesse sollen nicht durch einen Beschluss lahm gelegt werden;
- die Arbeit zu diesen Themen solle im Forum bzw. einer Lösungsfindungsgruppe wieder aufgenommen werden;
- im Kriterienkatalog seien auch Kriterien benannt zum Thema Anlegestellen;
- das Forum sei nicht in der Lage, ein Gesamtkonzept zu erstellen.

Herr Grondke sagte, dass es aus seiner Sicht nur zwei Varianten gäbe: entweder mögliche Anträge durchlaufen zu lassen oder sie auszusetzen.

Herr Appel wies erneut darauf hin, dass er im Kriterienkatalog die Kriterien zur nachhaltigen Nutzung des Kanals vermisste. Die großen Schiffe könnten sich auch künftig groß und breit machen, dagegen sei für ihn die Förderung kleinerer Schiffsgrößen mit schadstoffarmen -bzw. -freien Antrieben - auch mittels der Ausgestaltung der Sanierung (=> Anleger) wichtig. Die Mediatoren verwiesen auf die Vorbemerkung zum Kriterienkatalog, in der der Aspekt der Nachhaltigkeit berücksichtigt sei, das Forum könne nicht ökonomische Entschlüsse für private Dritte treffen.

Da noch zu viele Aspekte zum Thema „Anlegestellen im Landwehrkanal“ offen waren und für die heutige Sitzung weitere wichtige Themen zur Besprechung anstünden, wurde die Bearbeitung des Themas einvernehmlich vertagt, z.B. in eine Lösungsfindungsgruppe, so dass Frau Dr. Ernst ihre Präsentation zur Planung Dritter fortführen konnte.

Frau Dr. Ernst berichtete, dass in Neukölln eine öffentliche Veranstaltung stattgefunden habe, an der u.a. auch Frau Kleimeier teilgenommen habe und bei der es um anstehende Veränderungen am Reuterplatz gegangen sei. Wer Interesse daran habe, könne sich dies im Internet ansehen.

Auf der kürzlich stattgefundenen Veranstaltung „Beyond Planwerk Innenstadt“ wurde ein Wasserlagenkonzept mit Entwicklungsschwerpunkt innerhalb der Stadt entlang der Wasserwege vorgestellt, berichtete Frau Mangold-Zatti. Frau Kleimeier erklärte, sie habe sich in dieser Veranstaltung, an der sie gleichfalls teilgenommen habe, in der Situation gesehen, „unseren Kanal“ zu verteidigen. Für sie habe es ausgesehen, als sollten die Bars von der Spree jetzt auch an den Landwehrkanal verlegt werden. Auf Nachfrage der Forumsteilnehmer/innen, warum sie über diese Veranstaltung nicht informiert worden seien, erklärte Frau Bodenmeier, dass der Planer Aljoscha Hofmann von der TU Berlin angeboten habe, in einer der nächsten Sitzungen des Forums über die Planungen zu berichten. Daraufhin fragten die Teilnehmer/innen, ob dieses Thema interessant für sie sei und ob es Sinn mache, dies im Forum oder in einer Arbeitsgruppe näher zu behandeln. Sie wiesen darauf hin, dass es grundsätzlich wünschenswert sei, dass es eine bessere Vernetzung gebe zwischen denjenigen, die an Planungen beteiligt sind, die Auswirkungen auf die Sanierung des Landwehrkanals haben, und dem Forum. Frau Mangold-Zatti erklärte, dass es normal und üblich sei, dass im Land Berlin die Dinge aneinander vorbeiliefen. Die Mediatoren bemerkten im Namen des Forums, dass es wünschenswert sei, wenn es hier am Landwehrkanal anders laufen könne.

Herr Schael bezog sich auf die Präsentationsfolie des WSA zu „Vorhaben Dritter“ und fragte Herrn Joswig, wann vorgesehen sei, dass er die Planung Müller-Breslauer-Straße vorstellen werde. Herr Joswig antwortete, dass es bei großen Regenerereignissen Entlastungsmöglichkeiten geben müsse. Es handele sich um eine sehr große Maßnahme, die in der Planung derzeit noch nicht so weit sei, dass er sie vorstellen könne. Sobald dies möglich sei, werde er die Planung im Forum vorstellen. Außerdem erkundigte sich Herr Schael nach den Hintergründen

von Baumaßnahmen, die das Grundwasser beeinträchtigen könnten. Frau Dr. Ernst erklärte daraufhin, dass am Bendlerblock der Keller feucht sei, der über zwei Brunnen trockengelegt werde.

Herr Sahner stand gleichfalls auf der präsentierten Liste der „Vorhaben Dritter“ und sagte erneut zu, demnächst über seine Planungen im Forum zu informieren.

Frau Dr. Ernst berichtete in eigener Angelegenheit, dass die Stelle für Öffentlichkeitsarbeit, die Frau Bodenmeier bekleide, bis zum 30. Juni 2010 befristet sei. Der Rechnungshof schreibe dem WSA das Erfordernis einer Markterkundung für diese Stelle vor. Das bedeute, dass die Stelle zum Sommer 2010 neu ausgeschrieben werden müsse. Frau Dr. Ernst würdigte die bisher geleistete ausgezeichnete Arbeit von Frau Bodenmeier. Mehrere Forumsteilnehmer/innen bedauerten diese Entwicklung und wünschten sich eine Fortsetzung der bewährten Zusammenarbeit mit Frau Bodenmeier in ihrer Funktion als kompetente Vertreterin des WSA für Öffentlichkeitsarbeit am und um den Landwehrkanal.

4. Bericht aus den Arbeitskreisen und Besprechungen

4.1 „Lösungssondierungsgruppe Planwerke und Gutachten – UVS Überlegungen“ Teil 2 am 16.02.2010

Frau Voskamp berichtete, dass diese Sitzung stattgefunden habe, da es in der Lösungssondierungssitzung Gutachten und Planwerke Teil 1 einige gravierende Fragezeichen seitens der Teilnehmer/innen gegeben habe, die es für den weiteren Fortgang zu besprechen und zu beseitigen galt.

U.a. sei geklärt worden, dass der Begriff UVS gut in der Verwaltung eingeführt und daher gut bekannt sei. Gleichzeitig habe Herr Lingenauber darauf gedrungen, im Vorgehen flexibel zu bleiben und jeweils zu berücksichtigen, was man jetzt und was man später brauche.

Frau Dr. Ernst habe zugesagt, dass die Baumkartierung durchgeführt werden solle und dass zuvor eine Arbeitsgruppe des Forums dazu gebildet werden solle, um die inhaltlichen Festlegungen vorzubereiten. Als Teilnehmer/Innen dieser Arbeitsgruppe seien vorgeschlagen worden: Herr Prof. Dr. Geyer, ein/e Vertreter/in der Bezirke und ein/e Vertreter/in der BI / Anwohner/innen.

Frau Kleimeier, Frau Dorbert und Herr Appel erklärten, sie wollten in dieser Arbeitsgruppe gern mitarbeiten; von den Bezirken erklärte sich Herr Leder bereit, in der Gruppe mitzuarbeiten.

Die Arbeit der Gruppe solle dazu dienen, dass das Baumkataster kurzfristig beauftragt werden könne.

Frau Dr. Ernst kündigte an, dass am morgigen Tag ein Termin mit den Bezirken stattfinden werde, um zu klären, was an Unterlagen bereits vorhanden sei und eingepflegt werden könne, damit es zu keiner unnötigen Doppelarbeit komme. Sie betonte, dass diese Arbeitsgruppe wichtig sei, damit das WSA nicht allein entscheiden müsse, was bei der Baumkartierung berücksichtigt werden müsse.

Frau Kleimeier äußerte ihre Unsicherheit darüber, dass sie eine rechtliche Schwierigkeit sehe, nämlich darüber, wer denn letztlich das Sagen habe. Ihrer Meinung nach müsse unterschieden werden zwischen: über die Uferbefestigung überhängende Bäumen und der Baumkartierung des Denkmalamtes innerhalb des beauftragten Denkmalgutachtens. Auch sei nicht definiert, wie weit der Einflussbereich des WSA bzw. des Forums ginge. Herr Leder erklärte daraufhin, dass es für die betroffenen Bäume mehrere Eigentümer/innen gebe.

Die Mediatoren, die diese Arbeitsgruppensitzung nicht leiten würden, baten um Erstellung und Übersendung eines Protokolls zur Sicherstellung von Transparenz für alle Beteiligten.

Eine zweite Arbeitsgruppe werde sich mit Zielen und Aufgaben bezüglich der UVS-Anforderungen befassen. Frau Dr. Ernst erläuterte, dass dies der erste Schritt zur UVS sei, zu sichten, welche Daten bereits vorhanden seien: damit würde eine klassische Scoping-Unterlage vorbereitet. Ergebnis der Lösungssondierungsgruppe „Gutachten und Planwerke“

sei auch gewesen, dass das WSA diesen Schritt nicht allein machen wolle.

Für diese Gruppe wurden folgende Personen vorgeschlagen:

Herr Bappert, Herr Dr. Wolter, Herr Ehlert, Herr Rehfeld-Klein, Frau Kielhorn, Frau Mangold-Zatti und ein/e BI / Anwohner/innenvertreter/in.

Frau Mangold-Zatti machte ihre Bereitschaft zur Teilnahme davon abhängig, wie viele Treffen der Arbeitsgruppe geplant seien - bei einem einmaligen Treffen sehe sie kein Problem für sich. Auf die Frage, inwieweit Herr Ehlert eingebunden werden könne, erwiderte sie, dass die Aufgabenstellung dieser Gruppe nicht Schwerpunkt der Arbeit von Herrn Ehlert sei. Sie bot an, sich mit Herrn Ehlert dazu auszutauschen, um sein Wissen und seine Hinweise und Anmerkungen mit in die Gruppe einzubringen. Sie verwies zudem darauf, dass es eine Biotopverbundkartierung für ganz Berlin gebe.

Die Mediatoren fragten Frau Dr. Ernst, was genau in dieser Gruppe passieren solle. Frau Dr. Ernst erklärte daraufhin, dass es darum ginge, das benötigte Wissen in Form von Unterlagen oder in personam einzubringen und die Aufgabenstellung für die UVS zu formulieren. Sie würde es begrüßen, wenn die Gruppe sich aus dem Teilnehmer/innenkreis des Forums zusammensetzen würde.

Herr Appel drängte darauf, dass diese Vorarbeiten in den Arbeitsgruppen sehr schnell passieren müssten, da sonst Vieles von dem, was aufzunehmen sei, schon wieder verschwunden sein könnte und dann nicht in der Kartierung auftauchen werde.

Frau Voskamp erinnerte, dass Herr Rehfeld-Klein angeboten habe, im Rahmen der eigenen anstehenden Untersuchungen auch weitere für das WSA durchzuführen, dafür aber eine Rückmeldung bis spätestens in 2 Wochen benötige. Frau Dr. Ernst antwortete, dass das WSA das Angebot wohl annehmen werde. Darüber hinaus erklärte sie, dass die Ergebnisse aus den beiden Arbeitsgruppen zum Baumkataster und zur UVS aus ihrer Sicht schnell vorliegen könnten.

Herr Appel erklärte, dass die Baumkartierung (ausgenommen die des überhängenden Baumbestandes) aus seiner Sicht Zeit habe, die Biotopkartierung allerdings schnell erfolgen müsse. Die BI /Anwohner/innen legten fest, dass Frau Kleimeier, Frau Dorbert und Herr Appel als Vertreter/innen an dieser Sitzung teilnehmen werden.

Herr Schael wies darauf hin, dass der Bachflussskreb Ende Mai verschwinden würde. Aus seiner Sicht wolle Herr Rehfeld-Klein nur einen repräsentativen Schnitt machen und es so niemanden gebe, der die Flusskrebse untersuche; auch Frau Kielhorn würde sich nach seiner Meinung dafür nicht zuständig fühlen. Herr Rehfeld-Klein habe bereits gesagt, dass zwei Jahre ein sinnvoller Zeitraum für die Untersuchung sein werde. Herrn Schael ginge es um die Qualität der Untersuchung: die Untersuchungen seitens SenGUV, die Herr Rehfeld-Klein anschiebe, seien ihm zu WRRL-lastig und allgemein empfinde er das Forum in letzter Zeit als fischlastig. Seine Befürchtung sei, dass die anstehende Untersuchung verwässert werden könne. Frau Dr. Ernst erklärte dazu, dass, wenn es Untersuchungsdefizite gebe, Untersuchungen dazu jeweils beauftragt werden könnten - insofern alle dies jeweils für sinnvoll erachteten. Der jeweilige Untersuchungsumfang werde vom Forum festgelegt.

Die Mediatoren fragten Herrn Schael, ob er Interesse habe, in der Arbeitsgruppe mitzuarbeiten. Herr Schael äußerte, dies vermeiden zu wollen, er wolle lieber hinterher nochmals darauf schauen können.

Herr Kessen erklärte, dass die beiden Arbeitsgruppen sich jeweils eigenverantwortlich treffen würden. Frau Kleimeier äußerte ihr Erstaunen, dass die Mediatoren nicht dabei sein sollten. Frau Dr. Ernst schlug vor, das Treffen morgens um 9 Uhr und innerhalb der nächsten 14 Tage durchzuführen, es gäbe die Möglichkeit, sich schon heute nach der Sitzung bezüglich der Terminfindung abzustimmen. Ein Protokoll der jeweiligen Sitzung wurde dem Forum zugesagt.

Herr Kessen erinnerte an die Hausaufgabe, das jeder sich Gedanken machen sollte, zu welchen Kriterien im Kriterienkatalog sie oder er noch Informationen oder Untersuchungen benötige. Hierbei müsse jeder eigenverantwortlich Sorge für sich selbst und seine Interessen tragen. Die Energie ginge jetzt immer mehr in Richtung Lösungen und dann sei es wichtig, sich nicht durch fehlende Informationen zu blockieren.

Frau Kleimeier nannte daraufhin das Stichwort Radwege. Die Mediatoren erläuterten, dass die Situation sich durch die politische Entwicklung verändert habe: Der vom Forum als kompetent und konstruktiv wahrgenommene Herr Zielke sei seit kurzem nicht mehr in dieser Funktion tätig. Die Mediatoren planten, an den Nachfolger in diesem Amt heranzutreten. Herr Zielke habe sich bereit erklärt, an einem Gespräch auch dann teilzunehmen, wenn er eigentlich nicht mehr zuständig sei, allerdings müsste das Forum das ggf. erstreiten, da er in ein anderes Ministerium wechsele und dafür ausgeliehen werden müsste. Da sein Nachfolger erst seit dem 1. Februar 2010 im Amt sei, hätten sie mit der Anfrage noch gewartet. Es sei geplant, dass weiterhin auch Herr Dr. Kunst an dem Gespräch teilnehmen sollte.

5. Weiteres Vorgehen

5.1 Beteiligung von SenStadt im Mediationsverfahren

Frau Voskamp griff den nächsten Punkt der Tagesordnung auf, der in der letzten Sitzung von Herrn Dohna vorgebracht worden war. Sie bedankte sich bei Frau Mangold-Zatti, dass sie an der heutigen Forumssitzung teilnehme; insbesondere vor dem Hintergrund der heute anstehenden Erörterung inhaltlicher Fragestellungen stelle ihre Teilnahme einen qualitativen Mehrwert dar, den die Forumsteilnehmer/innen schätzen würden. Frau Voskamp betonte, dass solche Beiträge von ihr wie z.B. zur UVS für die Teilnehmer/innen hilfreich seien und gebraucht würden, gerade jetzt, da man sehr lösungsorientiert arbeiten wolle.

Frau Mangold-Zatti erklärte, dass für sie der zeitliche Aufwand groß sei und aus ihrer Sicht die Zuständigkeiten geklärt seien. Sie sei jederzeit bereit, Fragen zu beantworten, diese könnten auch schriftlich an sie herangetragen werden.

Herr Appel betonte, dass das Mediationsforum zur Sicherstellung der qualitativen Arbeit eine/n Vertreter/in von SenStadt und eine/n von SenGUV benötigen würde. Es ginge um nicht Geringeres als das Potenzial des innerstädtischen Kanals. Diese Forumsmitglieder seien wichtig für Prozess, Diskussion und fachlichen Input. Frau Mangold-Zatti erklärte, dass es nicht möglich sein werde und sie es auch nicht für notwendig erachte, an jeder Forumssitzung teilzunehmen. Für spezielle, ihre Fachabteilung betreffende Fragestellungen sei sie bereit, sich nach ihren Möglichkeiten einzubringen.

5.2 Nächste Termine

Frau Voskamp verwies auf die nächste Sitzung „Lösungssondierungsgruppe“ am 16.02.2010, in der man mit der Energie der letzten Forumssitzung (Teil 1) weiterarbeiten wolle.

5.3 Öffentliche Veranstaltung

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit erklärten die Mediatoren, das Thema einer öffentlichen Veranstaltung nicht mehr am heutigen Abend besprechen zu wollen und verwiesen gleichzeitig darauf, dass das Thema aber vor der Sommerpause behandelt werden sollte. Eine Idee sei, den 160. Geburtstag des Kanals am 2. September 2010 als Aufhänger für den Termin einer Öffentlichen Veranstaltung zu nehmen. Sie ergänzten, dass in der Veranstaltung viel zu präsentieren sei und auch ein Meinungsbild der betroffenen und der interessierten Öffentlichkeit abgefragt werden könnte. Das mache allerdings nur Sinn, wenn die Teilnehmer/innen proaktiv dabei seien. Es erfolgte eine Abstimmung zum Thema: wer dafür sei, den Gedanken wieder aufzunehmen und auch aktiv dabei zu sein. Es meldeten sich nur drei Personen. Bei der Gegenfrage, wer dagegen sei, meldete sich keiner. Herr Kessen ergänzte, es gebe auch eine Verpflichtung des Forums, die Öffentlichkeit angemessen über die Fortschritte und Entwicklungen zu informieren und gleichzeitig wichtige Anregungen, Besorgnisse und Interessen aus der Öffentlichkeit aufzunehmen und in die gemeinsame Arbeit zu integrieren.

6. Verschiedenes

Herr Appel verwies auf die letzte Sitzung, in der er dem WSA eine Protestnote aufgrund von katastrophalen Baumschnittarbeiten am Berlin-Spandauer-Schiffahrtsskanal überreicht habe. Nun beklagte er die Fortsetzung dieser Vorgehensweise im Bezirk Kreuzberg am Paul-Lincke-Ufer. Er verwies auf die bekannte Problematik, dass die Schnittarbeiten von aus seiner Sicht semiprofessionellen Firmen ausgeführt würden. Herr Leder betonte in diesem Zusammenhang, dass der Bezirk Mitte seine Bäume fachlich hochwertig behandeln würde.

7. Verabschiedung

Die Mediatoren bedankten sich bei den Teilnehmer/innen und beendeten um 21.30 Uhr die Sitzung. Sie wünschten allen einen guten Heimweg.